

Wienweite Suchthilfestrategie

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hacker zu ersuchen, detaillierte Informationen zur Wien weiten Suchthilfestrategie der Stadtregierung zu übermitteln. Ziel ist es, die im 6. Bezirk ansässige Drogenberatungsstelle *Jedmayer* sowie insbesondere das angrenzende Grätzel nachhaltig zu entlasten. Die Ergebnisse sind der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission der Bezirksvertretung zur weiteren Beratung vorzulegen.

Begründung

Im aktuellen Regierungsübereinkommen fehlt jeder Hinweis auf eine Wien weite Strategie oder klare Pläne der Stadtregierung im Umgang mit Suchterkrankungen. Diese Leerstelle ist umso problematischer, als der jüngste Tätigkeitsbericht der Suchthilfe einen deutlichen Anstieg der Inanspruchnahme dokumentiert: So wuchs allein die Zahl der jährlichen Spritzentauschkontakte im *Jedmayer* von 128.279 im Jahr 2020 auf 169.179 im Jahr 2024. Damit wird sichtbar, dass die Belastung sowohl für die Einrichtung als auch für das angrenzende Grätzel massiv zugenommen hat – ohne dass von Seiten der Stadt eine nachhaltige Entlastungsstrategie erkennbar wäre.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von Neos und KPÖ mitunterstützt und einstimmig angenommen

Notrufnummern in Parkanlagen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 42) im Zusammenwirken mit der Kommission Planung, Entwicklung und Gestaltung zu ersuchen, in den Schaukästen sämtlicher Parkanlagen im 6. Bezirk die wichtigsten Notrufnummern (Feuerwehr 122, Polizei 133, Rettung 144, Euronotruf 112) sowie den QR Code für den stillen Notruf deutlich sichtbar anzubringen.

Begründung

Die Wiener Parkanlagen sind stark frequentierte Aufenthaltsorte für Kinder, Jugendliche, Familien und Seniorinnen und Senioren. Im Falle eines medizinischen Notfalls, eines Brandes oder eines sicherheitsrelevanten Vorfalls ist es entscheidend, dass rasch Hilfe verständigt werden kann. Zwar sind die Notrufnummern grundsätzlich bekannt, eine gut sichtbare Information in den Schaukästen erleichtert jedoch den Zugang und trägt zur Sicherheit der Parkbesucherinnen und -besucher bei. Besonders für ältere Menschen, Touristen und Personen in Stresssituationen stellt die sofortige Verfügbarkeit dieser Angaben einen wichtigen Beitrag dar. Mit einer einfachen Maßnahme kann somit die Sicherheit im öffentlichen Raum wesentlich verbessert werden.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von der KPÖ mitunterstützt und einstimmig der Kommission Planung zugewiesen

Pfandringe

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 48) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Anbringung von Pfandringen an öffentlichen Mistkübeln in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

Seit der Einführung des Einwegpfands am 1. Jänner 2025 haben mehrere Städte – darunter Linz, Innsbruck und Graz – begonnen, Pfandringe an öffentlichen Mistkübeln anzubringen. So können Pfandflaschen und -dosen unkompliziert abgelegt werden, dass die Restmülltonne nicht durchwühlt werden muss. In Wien hat der zuständige Stadtrat eine flächendeckende Umsetzung bislang abgelehnt, lediglich im Museumsquartier wurden im August 2025 erste Pfandringe installiert. Im Umweltausschuss sollen nun die Vor- und Nachteile dieses Systems sowie ein Probeversuch in Mariahilf diskutiert werden.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde von Neos, FPÖ und KPÖ mitunterstützt und einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen

Senioren-Parlament

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, BV Markus Rumelhart zu ersuchen, sich für die Schaffung eines Senioren-Parlaments in Mariahilf einzusetzen.

Begründung

Senioren-Parlamente gibt es bereits in mehreren Wiener Bezirken, das erste wurde im März 2019 in der Brigittenau ins Leben gerufen. Unter dem Motto „Jetzt reden wir!“ können Senioren dort aktiv ihre Anliegen einbringen und an der Weiterentwicklung des Bezirks mitwirken. Diese Initiativen tragen zur demokratischen Teilhabe der älteren Generation bei, machen Bezirke lebensnaher und sorgen für eine aktive Mitgestaltung durch Seniorinnen und Senioren.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde mit einer Gegenstimme der Sozialkommission zugewiesen

Künstlerische Gestaltung Amonstiege

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 29) im Zusammenwirken mit der Kulturkommission zu ersuchen, eine künstlerische Gestaltung der Mauern der Amonstiege zu prüfen.

Begründung

Die Stiegenanlagen sind ein prägendes Wahrzeichen und zugleich eine wichtige Visitenkarte des 6. Bezirks, weshalb ihre Erhaltung und regelmäßige Reinigung von besonderer Bedeutung sind. Nach der umfassenden Sanierung der Amonstiege besteht jedoch die Sorge, dass die Mauern rasch wieder durch Graffiti verunstaltet werden könnten. Um dem vorzubeugen, soll die Kulturkommission Vorschläge für eine mögliche künstlerische Gestaltung erarbeiten.



Veronika Zimmermann

Antrag wurde von der FPÖ mitunterstützt und einstimmig der Kulturkommission zugewiesen

Aschenbecher Christian-Broda-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48) zu ersuchen, am Christian-Broda-Platz Aschenbecher aufzustellen.

Begründung

Bei einem Lokalaugenschein hat sich gezeigt, dass insbesondere bei den Sitzgelegenheiten Bedarf nach zusätzlichen Aschenbechern besteht.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde mit einer Gegenstimme angenommen

Brigitte-Bierlein-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 7) zu ersuchen, den Christian-Broda-Platz in Brigitte-Bierlein-Platz umzubenennen.

Begründung

Christian Broda war von 1960 bis 1966 und von 1970 bis 1983 österreichischer Justizminister – so lange wie kein anderer. Während dieser Zeit setzte er zwar wichtige liberale Reformen durch, gleichzeitig wird ihm aber vorgeworfen, dass die Aufarbeitung von NS-Verbrechen unter seiner Verantwortung unzureichend blieb. Zahlreiche Verfahren gegen NS-Täter – darunter auch Ärzte vom „Spiegelgrund“ oder andere an Kriegsverbrechen Beteiligte – endeten mit Freisprüchen oder vergleichsweise milden Strafen. Gerade deshalb ist eine kritische Neubewertung seiner Ehrung im öffentlichen Raum geboten.

Brigitte Bierlein war die erste Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs und die erste Bundeskanzlerin Österreichs, womit sie Pionierarbeit für Frauen in Spitzenfunktionen geleistet und Meilensteine für die Gleichstellung gesetzt hat. Sie hat in beiden Ämtern mit hoher juristischer Kompetenz, Integrität und Ausgleichsfähigkeit überzeugt. Gerade in politisch herausfordernden Zeiten 2019 sorgte sie als Kanzlerin für Stabilität und Verlässlichkeit. Mit ihrem Werdegang ist sie ein Vorbild für junge Frauen und für eine moderne, chancengerechte Gesellschaft. Die Umbenennung des Platzes nach Brigitte Bierlein, der mit keinen Adressänderungen verbunden wäre, bedeutet daher eine würdige und zeitgemäße Anerkennung ihrer außergewöhnlichen Verdienste.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde mit einer Gegenstimme der Kulturkommission zugewiesen

Grünfläche Webgasse / Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 42, 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, zu prüfen, welche Begrünungsmaßnahmen auf dem Gehsteig im Kreuzungsbereich Webgasse / Liniengasse möglich sind.

Begründung

Gerade im dichtverbauten Stadtgebiet ist es in Zeiten des Klimawandels wichtig, jede Möglichkeit einer Begrünung zu nutzen, um der steigenden Stadterwärmung entgegenzuwirken und die Luftqualität zu verbessern.



Marcel Flitter

Antrag wurde von den Grünen mitunterstützt und einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Kennzeichnung Radweg

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, eine bessere Kennzeichnung des Radwegs entlang der Linken Wienzeile im Bereich der Stiegengasse zu prüfen.

Begründung

Im genannten Abschnitt kommt es wiederholt zu Problemen, da Fußgängerinnen und Fußgänger nach der Querung der Wienzeile den Radweg nicht vom normalen Gehsteig unterscheiden können. Dies führt zu gefährlichen Situationen und beeinträchtigt sowohl die Sicherheit der Radfahrenden als auch der Zufußgehenden. Eine bessere Kennzeichnung – etwa durch auffällige Bodenmarkierungen, kontrastierende Beläge oder Hinweisschilder – würde zur klaren Trennung beitragen und die Verkehrssicherheit nachhaltig erhöhen.



Veronika Zimmermann

Antrag wurde ident von den Grünen eingebracht, Unterstützung aller Parteien und einstimmig angenommen

Notrufsäulen mit Videoüberwachung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 19 Abs.5 GO-BV den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich für die Errichtung von Notrufsäulen mit Videoüberwachung an neuralgischen Plätzen im Bezirk Mariahilf aus.

Begründung

Das Sicherheitsgefühl vieler Bewohnerinnen und Bewohner ist in den letzten Jahren spürbar gesunken. Vor allem an stark frequentierten Orten wie beispielsweise der U6-Station Gumpendorfer Straße samt Vorplatz, dem Fritz-Imhoff-Park oder Bereichen entlang der Mariahilfer Straße kommt es immer wieder zu Konfliktsituationen.

Notrufsäulen mit Videoüberwachung können in solchen Bereichen einen wichtigen Beitrag leisten: Sie wirken durch ihre sichtbare Präsenz präventiv und bieten im Ernstfall die Möglichkeit, rasch Hilfe zu verständigen. Damit tragen sie sowohl zur Verbesserung der objektiven Sicherheit als auch zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls im Bezirk bei.

Gerhard Hammerer

Resolution wurde nur von der ÖVP und den Neos unterstützt und damit abgelehnt